

Zeitschrift: Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie

Herausgeber: Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie

Band: 77 (1970)

Heft: 5

Artikel: Die Zukunft der schweizerischen Textilindustrie

Autor: Nef, Ernst

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-677742>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Zukunft der schweizerischen Textilindustrie

DK 677:001.18
(494)

Die gemeinsame Frühjahrstagung der drei schweizerischen Textil-Fachorganisationen SVF, VET und VST vom 25. April 1970 in Baden stand unter dem Thema «Die Zukunft der schweizerischen Textilindustrie», wobei die Referenten Ständerat Dr. Fritz Honegger (Rüschlikon) und Prof. Dr. E. Küng (St. Gallen) politische, soziale und wirtschaftliche Aspekte der Ueberfremdungsinitiative behandelten. Selbstverständlich hängt die Zukunft unserer Textilindustrie nicht allein vom Ausgang der Schwarzenbach-Initiative ab, über welche die Schweizer Stimmbürger am 7. Juni zu entscheiden haben. Ihre Annahme würde aber auch für die Textilindustrie äusserst schwerwiegende Folgen haben, und das Tagungsthema war deshalb sicher gut gewählt und jedenfalls sehr aktuell.

Einige Gedanken zur Ueberfremdungsinitiative

Unter diesem Titel ging Ständerat Dr. Fritz Honegger auf einige Argumente und Behauptungen ein, die von Dr. J. Schwarzenbach und seinen Anhängern in der Abstimmungsliteratur und in den Diskussionen immer wieder vorgebracht werden und die nach seinen Feststellungen in weiten Kreisen ein verständnisvolles Echo finden. Die Tatsache, dass die erforderliche Unterschriftenzahl nur mühsam zusammengebracht wurde und dass es sich bei den Initianten weitgehend um eine anonyme Gesellschaft handle, spreche nicht für die Geringschätzung der Initiative, sondern vielmehr für das *Unterschwellige und Emotionelle* dieses Volksbegehrens. Aus der klaren und eindeutigen Meinung des eidgenössischen Parlaments dürfe keinesfalls der Schluss gezogen werden, die Stimmung im Volk sei ähnlich ablehnend. Dr. J. Schwarzenbach verstehe es ausgezeichnet, ein weitverbreitetes Unbehagen auszunützen, mit *Halbwahrheiten* zu operieren und an das *Gefühl* des Stimmbürgers zu appellieren.

Von den Initianten werde behauptet, die vom Bundesrat seit 1963 angeordneten Beschränkungsmassnahmen hätten sich als völlig unwirksam erwiesen. Die Statistik zeige jedoch, dass die Zahl der erwerbstätigen Jahresaufenthalter von 1964 bis 1969 um rund 23 000 gesunken sei, diejenige der Saisonarbeiter um 57 000. Dem Erfolg im Abbau der kontrollpflichtigen Ausländer stehe allerdings eine Zunahme der Bestände an Niedergelassenen gegenüber. Es wäre zu wünschen, dass man bei der Kommentierung der Ausländerzahlen die sehr wichtige Differenzierung zwischen Aufenthalt, Saisonarbeitern, Grenzgängern und Niedergelassenen vornähme. Die vom Bundesrat am 20. März 1970 verfügte *Stabilisierung* leiste einen wertvollen Beitrag zur Entschärfung des sog. Ueberfremdungsproblems, und zwar in tatsächlicher und in psychologischer Hinsicht.

Die Schwarzenbach-Initiative betrachte die Ausländer nur als Arbeitskräfte, nicht aber als Menschen. Einerseits werde gegen die Industrie und ihr Wachstum zu Felde gezogen, andererseits empfehle man ihr, die fehlenden Jahresaufenthalter und Niedergelassenen durch Saisonarbeitskräfte zu ersetzen. Dem Souverän werde versprochen, dass er von allzu vielen Ausländern befreit werde und gleichzeitig wolle man die *Schleusen für Saisonniers ohne Begrenzung öffnen*. Ob Saisonarbeiter inskünftig überhaupt in genügender Zahl

zu finden wären, stehe aber noch gar nicht fest. Neben den wirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen seien es vor allem menschliche Ueberlegungen, die den von Dr. J. Schwarzenbach vorgeschlagenen Weg der dauernden Auswechslung von Arbeitskräften als nicht gangbar erscheinen lasse.

Dr. J. Schwarzenbach schreibe in seinen Flugblättern, die Industrie wolle die Schweiz zu einem zweiten Ruhrgebiet machen. Man übersehe dabei geflissentlich, dass gerade die Industrialisierung grossen Bevölkerungsteilen erst das Leben in unserer Heimat garantiere. Die Behauptung, dass die heutige gute Beschäftigung in beträchtlichen Volksschichten mit Verarmung und Wohnungsnot einhergehe, lasse einen an der Aufrichtigkeit der Initianten zweifeln. Es wäre besser, diese würden ihren Anhängern einmal offen zumuten, auf der wirtschaftlichen und sozialen Leiter *einige Sprossen herunterzusteigen*, um jene Plätze einzunehmen, welche von Fremdarbeitern verlassen würden, falls sie heimzukehren hätten.

Wenn es wahr wäre, dass jeder Fremdarbeiter weitere sechs bis acht Arbeitskräfte nach sich ziehe, die ein ganzes Jahr zu tun hätten, ihm und seiner Familie eine Wohnung zu erstellen usw., dann würde die Schweiz heute 2,4 bis 3,2 Millionen ausländische Arbeitnehmer aufweisen. Der *Rückstand in der Infrastruktur dürfte jedoch nicht mit der Anwesenheit der Fremdarbeiter in Zusammenhang* gebracht werden. Auch der Slogan «Weniger Ausländer, mehr Wohnungen» sei irreführend. Bei Annahme der Schwarzenbach-Initiative würden zufolge Abwanderung in den wirtschaftlich schwächeren Landesgegenden zwar Wohnungen frei; in den wirtschaftlich stärkeren Regionen müsste die Wohnungsknappheit jedoch durch die Zuwanderung entsprechend grösser werden.

Soweit die Umlagerung von menschlicher Arbeit zu Maschinenarbeit nicht erfolgen, der Bedarf an Arbeitskräften nicht durch Rationalisierung wettgemacht werden könne, entstehe eine zusätzliche Nachfrage. Dies bedeute Lohnauftrieb, dem sich eine Sachkostensteigerung zugeselle; ihnen könne nur mit einer Mehrproduktion begegnet werden, die mindestens die Zunahme der Lohn- und Sachkosten auffange. Mehrproduktion heisse aber zwangsläufig wieder zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften, womit sich der Kreis schliesse. Das Personalproblem stehe heute in den Betrieben an vorderster Stelle. Wenn die Ausweitung der Wirtschaft kritisiert werde, so übersehe man dabei oft, dass Umsatzausweitungen in Zeiten schwindenden Geldwertes eine natürliche, zwangsläufige Erscheinung darstellten und dass *Umsatzstagnation* nicht etwa Stillstand, sondern bereits *Rückgang* bedeute.

Zufolge der Verwendung vermehrter ausländischer Arbeitskräfte sei in den letzten Jahren *zwischen Kapitalinvestitionen und Arbeitskraftinvestitionen ein Missverhältnis* eingetreten, das unter dem Druck des Wettbewerbs nun in einer schwierigen Umbauphase korrigiert werden müsse. Dabei liefen Betriebe, welche stark arbeitsintensiv seien, geringe Qualifikationserfordernisse stellten und dem internationalen Wettbewerb besonders ausgesetzt seien, Gefahr, auf der Strecke zu bleiben. Die schweizerische Textilindustrie werde sich vermehrt jenen Tätigkeitsgebieten zuwenden müssen, die schon in der früheren Wirtschaftsgeschichte ihren Erfolg sicherstellten.

Werde die Textilindustrie schon durch die neue Globalisierung hart getroffen, möge man daraus abschätzen, was es für sie heissen würde, wenn z. B. der Kanton Zürich gemäss Ueberfremdungsinitiative die Ausländerzahl innert vier

Jahren um insgesamt 81 900 oder 67 % reduzieren müsste. Dieser Aderlass würde weit über der technologischen Ersatzfähigkeit der Arbeitskraft liegen und ungleich härter sein als die jetzt angewendete Regelung. Wenn Dienstleistungsgruppen wie Lagerbetriebe, Transportwesen, Spedition, Wartung und Unterhalt von Maschinen usw., die üblicherweise stark mit Ausländern durchsetzt seien, nicht mehr richtig funktionieren könnten, müsste *betriebsintern für Ersatz durch höher qualifizierte Ausländer oder Schweizer* gesorgt werden. Ohne den Druck einer Krise werde sich aber niemand zu einem sozialen und auch wirtschaftlichen Abstieg bereitfinden.

Wirtschaftliche Entwicklungen folgten ihren eigenen Gesetzmässigkeiten, die man nicht negieren dürfe. Die *neuen Fremdarbeiterbeschlüsse* seien die *äusserste Grenze* dessen, was beim gegenwärtigen Umschichtungsprozess der Wirtschaft auf dem Arbeitskraftsektor zugemutet werden könne. Drastisch erzwungener Abbau im Stil der zweiten Ueberfremdungs-Initiative sei verantwortungslos, weil er die schweizerische Wirtschaft in beträchtlichem Masse schädige.

Die wirklichen *Probleme* lägen im *Zusammenleben von Schweizern und Ausländern*. Hier stünden wir vor einer Aufgabe, die zu lösen sei, gleichgültig wie der Entscheid der Stimmbürger über die Initiative ausfalle. Statt die Fremdenfeindlichkeit zu schüren, sollten wir uns lieber darum bemühen, einander besser zu verstehen und dadurch die notwendige *Assimilierung zu fördern*. Aufgabe von uns allen müsse sein, sowohl für die Schweizer als auch für die Ausländer in der Schweiz von morgen eine *menschliche Zukunft* zu gestalten.

Das schweizerische Arbeitskräfteproblem im Lichte der Schwarzenbach-Initiative

Einleitend erteilte Prof. Dr. E. Küng in seinem Vortrag den Rat, den Anhängern der Schwarzenbach-Initiative im Gespräch mit Verständnis zu begegnen. Oft handle es sich um Leute, die mit Ausländern zu tun hätten, welche vielleicht tüchtiger seien als sie. Um Leute, die beruflich und sozial nicht aufsteigen könnten und deshalb eine Abneigung gegen unliebsame Konkurrenten bekundeten, und dies nicht nur auf dem Arbeitsplatz, sondern auch auf dem Wohnungs- und manchmal selbst auf dem Heirats«markt». Der bestehende *Fremdenhass* sei ein *Ventil für Stauungen* aller Art. «Denen in Bern» könne und wolle man es nun einmal «zeigen». Gegen Gefühle sollte man jedoch nicht mit Gefühlen operieren, sondern soviel als möglich Sachlichkeit und Verstand spielen lassen, nüchtern reden, begangene Fehler zugeben. Der Bestand an Ausländern habe — psychologisch nicht wirtschaftlich — offensichtlich die Toleranzgrenze überschritten, sonst wären nicht zwei Initiativen zustande gekommen. Die Vergangenheit lasse sich jedoch nicht mehr ändern, die Gestaltung der Zukunft sei wichtig.

Die neue Globalplafonierung werde das Ziel der Stabilisierung zweifellos erreichen. Aber im Falle der Annahme der Schwarzenbach-Initiative werde ein *Kampf aller gegen alle* einsetzen. Abwergungen — nicht unbedingt innerhalb der Branche, wo es gewisse Vereinbarungen einzuhalten gilt — würden bei der verschärften Nachfragekonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt an der Tagesordnung sein; dabei würden nicht nur die Löhne von Bedeutung sein, sondern auch viele Ne-

benleistungen wie z. B. billige Wohnungen, günstige Verpflegungsmöglichkeiten usw. auf die Waagschale gelegt werden. Die gegenseitige Ueberbietung werde das Arbeitskostenniveau erheblich steigern, und dies alles habe vornehmlich mit dem Verhalten der Arbeitgeber zu tun, viel weniger mit jenem der Gewerkschaften. Es sei eine *Anpassungsinflation* zu erwarten, deren Ausgangspunkt im Arbeitsmarkt liege; man rechne mit einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten von 2 oder 3 bis 4 % jährlich.

Eine generelle Verknappung der Schweizer Arbeitnehmer stehe für die nächsten Jahre ohnehin fest. Der mögliche Zuwachs von höchstens 0,4 % jährlich vermöge der Nachfrage bei weitem nicht zu genügen. Lohnauftrieb sei die Folge. Mit Sicherheit würden aber bald auch weitere *Arbeitszeitverkürzungen* verlangt; aus dieser Quelle werde eine zusätzliche Verknappung der Arbeitskräfte entspringen. Für das Jahr 2000 werde die Vier- oder gar Dreitagewoche prognostiziert, 12 Wochen Ferien pro Jahr. Die bereits im Gange befindliche *Lohnexplosion* werde erst dann ein Ende finden, wenn unsere Wettbewerbsfähigkeit so stark tangiert sei, dass man auf die Herstellung vieler Artikel verzichten müsse. Der *Sog des tertiären Sektors* und einiger speziell attraktiver Branchen der Industrie werde sich fortsetzen, weil diese höhere Kosten ohne besondere Schwierigkeiten überwälzen könnten. In der Textilindustrie müsse man sich hingegen darauf gefasst machen, dass ihr viele Arbeitnehmer wegengigiert würden.

Wenn die Schwarzenbach-Initiative angenommen würde, hätten mindestens 200 000 Arbeitnehmer aus dem Produktionsprozess auszuscheiden. Das wäre eine *Politik der Keulenschläge*, von der man mit Sicherheit erwarten könne, dass viele Unternehmen sie nicht aushielten, und dies nicht, weil es ihnen etwa an Leistungsfähigkeit gebreche, sondern lediglich auf Grund staatlich verfügbarer Eingriffe. Der aus dem allfälligen Abbau resultierende Inflationsstoss für die Gesamtwirtschaft würde u. a. in einem ungeahnten Lohn- und Preisauftrieb, in einem Produktionsausfall im Werte von etwa 5 Milliarden Franken pro Jahr und in einem hektischen Kampf um die verbleibenden ausländischen Arbeitskräfte zum Ausdruck kommen. Die Zeche hätten nichtexpansive Branchen zu berappen, solche, die beispielsweise ein schlechtes Image aufwiesen, solche, die zuviel gejammert hätten und deshalb keinen Nachwuchs mehr fänden. Er gehe eben nicht nur um die Verteuerung der Arbeitskräfte, sondern nicht minder um die mengenmässige Verfügbarkeit. Man würde nicht mehr alle Aufträge innert nützlicher Frist ausführen können, was zu vermehrten Importen führen müsste, aber auch dazu, dass teure Investitionen, die man zur Einsparung von Arbeitskräften gemacht habe, wertlos würden. Der Zwang zur Verlegung von Betrieben ins Ausland werde verstärkt, die im Lande verbleibenden Unternehmen würden noch kapitalintensiver, soweit sie die nötigen finanziellen Mittel zu beschaffen vermöchten, die teuren Anlagen müssten im Mehrschichtenbetrieb optimal ausgenutzt werden können, aber die Frage wäre die, wo man die Schichtarbeiter hernähme.

Im Falle der Annahme der Ueberfremdungs-Initiative Schwarzenbach würde man auf *zahlreiche Dienstleistungen verzichten* müssen. Die Selbstbedienung würde überall schlagartig zunehmen, vor allem in den Restaurants. Mit dem Abbau vieler Bequemlichkeiten hätte man sich abzufinden. Der Wegzug von 200 000 ausländischen Werkträgern bzw. etwa 300 000 Konsumenten würde sich insbesondere auf die schweizerische Landwirtschaft nachteilig auswirken, die be-

reits mit Ueberschuss- und Verwertungsproblemen zu tun habe und dann wohl noch mehr Bundessubventionen benötigen würde.

Die Folgen in den einzelnen Betrieben würden sich vorerst in einem Missverhältnis zwischen Kader und Ausführenden zeigen. Die Kader wären zu gross, es gäbe viele verwaiste Arbeitsplätze, es käme zu *arbeitslosem Kapital*. Man sage, die Schweizer sollten Arbeitsplätze von Ausländern übernehmen, heruntersteigen. Eine Degradation werde jedoch in mehr als 90 % der Fälle rundweg abgelehnt; auch für gutes Geld werde sie nicht in Betracht gezogen. Man sage weiter, man könnte 1 Stunde pro Woche mehr arbeiten, um damit 40 000 Ausländer einzusparen, und bei 5 Stunden mehr hätte man bereits die 200 000 im Falle der Annahme der Initiative Betroffenen ersetzt. Auch diese Rechnung sei falsch. Man könne nicht jeden durch jeden ersetzen, abgesehen davon, dass der Trend eindeutig in Richtung Verkürzung und nicht Verlängerung der Arbeitszeit gehe. Wenn die Produktion zurückgehe, nütze es z. B. gar nichts, dafür im Büro länger zu arbeiten usw. Nicht nur würden viele Arbeitsplätze unbesetzt bleiben, sondern man müsste mit der Schliessung ganzer Abteilungen, ja ganzer Betriebe rechnen. Es käme zu einer ausserordentlichen Verschärfung des Ausscheidungskampfes, und niemand wollte mehr andere Betriebe übernehmen, wenn diese einen viel zu geringen Personalbestand hätten. Die Tendenz zur Bildung grosser Agglomerationen würde sich erheblich verstärken. Probleme würden sich besonders für viele ältere Schweizer ergeben, indem sie bedeutend mehr Mühe hätten als die Jungen, irgendetwas unterzukommen.

Prof. Dr. E. Küng schloss sein Referat mit dem Appell, über die Folgen und Konsequenzen der Annahme der Schwarzenbach-Initiative sachlich und nüchtern zu informieren, das Gefühl aus dem Spiele zu lassen, die Anhänger der Initiative im Gespräch mit konkreten Angaben über die zu erwartenden Auswirkungen zu beeindrucken.

Ernst Nef

Firmennachrichten (SHAB)

Stehli Seiden AG, in Zürich 2, Fabrikation von und Handel mit Textilien usw. Neu hat Kollektivprokura zu zweien: Josef A. Frey, von und in Muri AG. Die Prokura von Alfred Aschmann ist erloschen.

Moersdorff-Scherer AG, in Schaffhausen, Fabrikation, Handel und Kommissionsgeschäfte mit Woll- und Baumwollgarnen usw. Kollektivprokura zu zweien wurde erteilt an Michel Malavasi, von Nyon, in Zürich.

Schoeller, Albers & Co., in Schaffhausen, Kammwollspinnerei, Kommanditgesellschaft. Es wurden ernannt: zum Direktor: Markus Jakob, jetzt wohnhaft in Schaffhausen, und zum Vizedirektor: Karl Müller. Sie führen nun Kollektivunterschrift zu zweien; ihre Prokuren werden gelöscht. Kollektivprokura zu zweien wurde erteilt an Peter Briner, von Zürich, in Schaffhausen. Die Prokura von Oscar Golay ist erloschen.

Bosshard-Bühler & Co. Aktiengesellschaft, in Wetzikon, Betrieb von Seidenstoffwebereien usw. Neuer Direktor: Wilhelm Cornu; er führt weiter Kollektivunterschrift zu zweien. Ferner neuer Direktor mit Kollektivunterschrift zu zweien: Max Moser, nun in Gossau ZH; seine Prokura ist erloschen.

Splitter

Ständerat Dr. Fritz Honegger — neuer Präsident des VSTI

An der Generalversammlung des Vereins schweiz. Textil-industrieller Wolle-Seide-Synthetics (VSTI) vom 5. Mai 1970 in Zürich wurde als Nachfolger des nach neunjähriger Amtstätigkeit zurückgetretenen Vereinspräsidenten Pierre Helg, Hätzingen, ehrenvoll Ständerat Dr. Fritz Honegger gewählt. Ständerat Dr. Fritz Honegger war 1944–1961 Sekretär der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft (ZSIG), die er seit 1969 präsidiert. Er war auch lange Zeit Redaktor unserer «Mitteilungen». Pierre Helg wurde mit Akklamation zum Ehrenmitglied des VSTI mit persönlichem Stimm- und Wahlrecht ernannt.

Zollfreiheit für handgewobene Gewebe

Der Bundesrat hat beschlossen, ab 1. Juli 1970 für die Dauer von zwei Jahren die zollfreie Einfuhr gewisser auf Handwebstühlen hergestellter Seiden- und Baumwollgewebe zu bewilligen. Die Gewährung dieses Vorteils ist namentlich an die Bedingung geknüpft, dass bei der Einfuhr ein von einer anerkannten Stelle im Exportland ausgefertigtes Ursprungs- und Fabrikationszeugnis vorgelegt wird. Mit dieser Massnahme der handelspolitischen Entwicklungshilfe sollen die Exporte der genannten handgewobenen Stoffe aus den Entwicklungsländern gefördert werden.

Die besten Ausstellungsstände an der Mustermesse Basel 1970

Im Rahmen der Aktion GRAFIK HEUTE zeichnete die Arbeitsgemeinschaft Schweizer Grafiker-Verbände zum ersten Mal dieses Jahr die Ausstellungsstände mit dem höchsten Gestaltungsniveau aus.

Unter den 19 ausgezeichneten Ausstellungsständen befinden sich deren drei aus der Textilindustrie, nämlich die «Création», eine Leistungsschau der Baumwoll-, Seiden- Stickerei- und Wollindustrie sowie der Bally-Schulfabriken, sowie die Stände der Firmen W. Nüesch's Erbe und Co., Teppichfabrik, Sennwald, und Oskar Rohrer AG, Strumpfwarenfabrik, Spelcher.

1. Stuttgarter Textil-Symposium — STS

Die Deutschen Forschungsinstitute für Textilindustrie Reutlingen-Stuttgart veranstalten in Zukunft Fach- und Diskusstagungen auf den Gebieten der gesamten Textilforschung und Textilpraxis.

Das erste Stuttgarter Textil-Symposium — STS — findet am 1. und 2. Oktober 1970 in Stuttgart statt und behandelt das Thema «Texturierte Garne — Forschung und Praxis».

Ein ausführliches Programm dieser Tagung ist beim Institut für Chemiefasern, Ulmerstrasse 227, D-7000, Stuttgart-Wangen erhältlich.